



Versetzungsgeschehen sorgt im 11. Bachelor-Studiengang für Unruhe

Die JUNGE GRUPPE (GdP) warnte bereits vor Monaten vor Zwangsversetzungen und suchte aus diesem Anlass nun das Gespräch mit der Leitung der Hochschule der Polizei.

Die Einstellungszahlen für die Präsidien sind tatsächlich stark in Schieflage geraten. Jetzt ist es offiziell: Ein Teil der angehenden Polizeikommissare/innen wird zwangsweise in ein anderes, als das Einstellungspräsidium, versetzt. Es werden nur sehr wenige Studierende des 11. BA in die Bereitschaftspolizei und in das PP Koblenz gehen können. Das PP Rheinpfalz hingegen hat einen starken Personalbedarf, der aus dem 11. BA gedeckt werden muss. Nicht wenige von diesen Kolleginnen und Kollegen sind jedoch für andere Polizeipräsidien – z.B. das PP Koblenz – eingestellt.

Den Vertreterinnen und Vertretern des Landesjugendvorstandes wurden das Versetzungsverfahren und die Entscheidungsgründe im Beisein der beiden Studiengangsprecher/Innen und des JAV-Vorsitzenden detailliert erörtert. Im Gespräch mit Dr. Axel Henrichs wurde klar, welche organisatorische Leistung hier von den agierenden Beamten/innen erbracht wurde. Trotzdem konnte nicht jeder Wunsch erfüllt werden.



(v.l.n.r.)
Christoph Schröder,
Christian Weinmann,
Oliver Riem,
Dr. Axel Henrichs,
Sandra Hagenauer,
Jennifer Otto,
Christoph Hanschke,
Daniel Wiedemann)



Christoph Schröder &
Sandra Hagenauer,
Studiengangssprecher und -vertreterin
des BA 11

„Die Stimmung in unserem Studiengang ist zurzeit sehr unruhig. Es gibt viele enttäuschte Kolleginnen und Kollegen, die jetzt vor einem unvorhersehbaren Neustart stehen. Bei unserer Einstellung wurde mit der Präsidialeinstellung geworben, dass dies jetzt nicht eingehalten werden kann, ist mehr als enttäuschend.“

Die JUNGEN GRUPPE (GdP) begrüßt ausdrücklich, dass durch die Hochschule der Polizei ein Verfahren entwickelt wurde, welches auch die persönlichen Bedürfnisse der Kolleginnen und Kollegen in den Blick nimmt. *„An der HdP wurde sich viel Mühe gegeben, für unsere Kolleginnen und Kollegen sozialadäquate Lösungen zu finden“*,



Christoph Hanschke – Mitglied im Landesjugendvorstand. *„Wir sind jedoch der Auffassung, dass irgendjemand bei seiner Personalplanung seine Hausaufgaben nicht richtig gemacht hat und dies nun zu Lasten der Studierenden geht. Wir fordern das Personalreferat im MdI auf, für eine **zeitnahe Rückversetzung** der Kolleginnen und Kollegen in ihr Heimatpräsidium Sorge zu tragen und zu einem der nächsten Versetzungstermine diese Schiefelage zu korrigieren“*, Christoph weiter.



Christian Weinmann, Landesjugendvorstand: *„Die Zahl der verfügbaren Stellen im Land sollte, allein schon aufgrund der Transparenz, in Zukunft vor dem zu stellen Antrag über die Verwendungswünsche veröffentlicht werden.“*

Jennifer Otto, Landesjugendvorstand: *„Es besteht auch über das aktuelle Versetzungsgeschehen des 11. BA Klärungsbedarf der zukünftig anstehenden Studiengänge im Hinblick auf deren Einstellung und Präsidialverwendung. Es wäre ein Rückschritt wieder zu der alten landesweiten Einstellungspraxis überzugehen, dies hätte möglicherweise negativen Einfluss auf das Bewerberverhalten.“*



Die „Zwangsversetzung“ darf jetzt bei den betroffenen Kolleginnen und Kollegen nicht zu einem Gefühl der „Doppelbestrafung“ führen, indem sie in ein anderes – als das Einstellungspräsidium – versetzt werden und dann auch noch weite Fahrtstrecken auf sich nehmen müssen.

Aus diesem Grund fordert die JUNGE GRUPPE (GdP):

- innerhalb des zugewiesenen Polizeipräsidiums eine möglichst geringe Entfernung der neuen Dienststelle zum Wohnort der Kolleginnen und Kollegen
- die Prüfung eines monetären Ausgleichs
- eine besondere Berücksichtigung der sozialen Härtefälle
- die Option, sich auch zu den nächsten Versetzungsterminen aus dem polizeilichen Einzeldienst in die Bereitschaftspolizei bzw. in das PP ELT bewerben zu können.

Dazu äußerte sich der Polizeipräsident des PP Rheinpfalz, **Thomas Ebling**, der JUNGEN GRUPPE (GdP) gegenüber bereits wie folgt:

„Wir sind bemüht, die Kolleginnen und Kollegen so heimatnah wie möglich einzusetzen. Wir werden uns mit dem Personalrat jeden Einzelfall anschauen und uns gemeinsam bemühen, keine Extreme entstehen zu lassen“.

Solltet Ihr Fragen zum Versetzungsgeschehen etc. haben, dann wendet euch an Eure Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz unter

E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp.de
Telefonnummer: 06131/96009-0

oder an die oben aufgeführten Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner der JUNGEN GRUPPE (GdP).

